

Sorauer Tageblatt

Verbunden mit Der Beobachter

Wöchentliches Mitteilungsblatt für den Kreis Sorau-Forst der NSDAP. Gau Markt Brandenburg

Verleger: Dr. Kurt Ziegelmann
2775/36
Erscheinungsort: Täglich außer Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Bei Wohnung in unserem Vertriebsgebiet in Stadt und Land monatlich 1,00 RM., im Wochenbezugsgebiet in unserer Vertriebszone 45 Reichspfennig, bei der Post abgepostet monatlich 2,10 Reichsmark (einschließlich 20 Reichspfennig Postgebühren), durch den Briefträger ins Haus gebracht 2 Reichspfennig mehr. — Höfliche Gewalt und Betriebsstörungen entbinden den Verlag von den von ihm eingegangenen Verpflichtungen



Druckort: Sorau, Druckerei des Verlegers
Anzeigen (Preis: Nr. 22, Nachschlageliste): Die 6 geteilten mm-Teile im Anzeigenenteil je 1000 Zeichen 1,00 Reichspfennig; im Textteil die 4 geteilte Millimeter-Teile je 1000 Zeichen 20 Reichspfennig. Eine Woche für die Wichtigkeit kann bei fernmündlicher Aufgäbe von Anzeigen nicht übernommen werden. Nachtag nach der Wichtigkeit. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags, für größere Anzeigen einen Tag vor. Erscheinungsort und Gerichtsstand für Auftraggeber, Anzeigenmittler und Verleger ist Sorau/Rv

Warnung für die Intriganten!

Franco kommt nach Rom

Lebhafte und aufrichtige Genugtuung des italienischen Volkes

Rom. General Franco wird, wie Agencia Stefani von maßgebender Seite aus Burgos erfährt, Ende September nach Rom kommen.
Der Ankündigung des Besuchs des Generalfürstentums Franco in Rom widmet die Turiner „Gazzetta del Popolo“ einen längeren Kommentar, in dem sie schreibt, mit lebhafter und aufrichtiger Genugtuung nehme das italienische Volk die Kunde vom Besuch des Generalfürstentums Franco auf. Der Cavallotti werde eine Aufnahme erhalten, die keinem mutigen Kulturwert zur Rettung seines edlen Landes vom Abgrund des Volkseigenen und damit der Rettung der ganzen mittelalterlichen Kultur und Geistesüberlieferung würdig sein werde. Die Ankündigung erfolge auf die Besprechungen des Duce und Graf Ciano mit dem spanischen Innenminister Sener und beweise, daß die auf dem Schlachtfeld zwischen

Spanien und Italien gekämpften Bande jetzt noch fester und dauerhafter seien, trotz der listigen Manöver derjenigen, die die dem gemeinsamen Erfolg und dem glänzenden Sieg entprungene Völkerverfeindlichkeit gepregelt sehen möchten. Der Besuch Francos in Rom bilde eine Warnung für die Intriganten der verschiedenen Parteien und Zeitungen, die historische Wirklichkeit in Erwägung zu ziehen, die durch den Willen von zwei Männern und den

Selbstmord der Kämpfenden an den Gestaden des Mittelmeeres entstanden sei.
„Corriere della Sera“ betont das feste italienisch-spanische Einvernehmen und der offiziöse „Popolo d'Italia“ die immer enger zusammenarbeitende Zusammenarbeit zwischen Spanien und der Achse. Die Ankündigung des Besuchs des Generalfürstentums Franco in Rom widmet die Turiner „Gazzetta del Popolo“ einen herrlichen Kommentar.

Blutige Streikunruhen in USA.

Tötet Polizisten und zahlreiche Arbeiter verletzt

Milwaukee. Das größte Industrieunternehmen des Staates Wisconsin, Allis-Chalmers Manufacturing Co., das Agrarmotoren herstellt, wurde am Dienstag früh Schauplatz blutiger Streikunruhen.
Als am frühen Morgen Arbeitsschiffe mit Streikbahnen zum Werk hinausfahren, griffen Streikposten die Bahnen an und überhüllten sie mit einem Steinhaufen. Die Polizei griff ein und suchte die Streikposten mit ihrer Gummiknüppeln und mit Knütteln zu vertreiben. Im Handgemenge wurden acht Polizisten so schwer mißhandelt, daß sie in das Krankenhaus überführt werden mußten. Auch zahlreiche Arbeiter erlitten Verletzungen. Es

ist bemerkenswert, daß es zu diesen blutigen Ausschreitungen kam, kurz nachdem der Gouverneur Julius Weil ein Ergehen der Polizei, die Nationalgarde zum Schutz des Wertes zu mobilisieren, abgelehnt hatte. Auch in Flint (Michigan) kam es in den General Motors-Werken zu Zusammenstößen, die nur durch den Einsatz der gesamten städtischen Polizei stillgesetzt werden konnten. Diese Werte werden von der amerikanischen Facharbeitergewerkschaft betrellt. Und es handelt sich hier bezeichnenderweise nicht um Lohnstreitigkeiten, sondern nur um den Kampf zwischen den rivalisierenden Gewerkschaften um das alleinige Verhandlungsrecht innerhalb der General Motors-Werte.

Gautag Markt Brandenburg



POTSDAM
22.-25. JUNI 1939

Die Kleinarbeit der Einkreisungshetzer

(Sonderdienst der NS.-Presse)

Als ob die Hölle losgelassen wäre, stürzen sich seit Wochen Hetz- und Unruhefabrikanten in Wort, Bild und Schrift auf das französische Volk. Auf die politische Vorgezogene eingehen, erkräftigt sich. Es genügt zu wissen, daß das Volk Frankreichs an sich für die von England ausgehende Einkreisungshetze gegen Deutschland nicht reif war, weil es nichts anderes will, als in Ruhe und Frieden zu leben. Und so versucht man eben den Durchschnittsfranzosen für die Wünsche und Ziele der Einkreisung zu gewinnen.

Da ist zunächst die Presse. Man muß wissen, daß sie vollkommen verblödet ist. Kaum ein Blatt in Paris heißelt, in dem nicht ein Artikel einen maßgebenden Einfluß hätte. Da geht es von morgens bis abends in den hellen Kriegslügen. Eine Schlagzeile jagt die andere. Es liegt fast ein System darin. Aagelang-berichten über die bei den deutschen Verwaltung angeblich widerstrebenden Tatsachen. Dann kam Rumoren an der Reihe. In riesigen Berichten wurde das Land geschändet, seine Reichtümer übertrieben. Natürlich war ständig die Rede von der Furcht, die Rumoren vor dem deutschen „Appetit“ befällen hat. Früher war es die Ukraine. Oft ist auch Gibraltar die Lösung. Zaiger fehlt nicht. Jeder Reporter weiß von den schweren deutschen Batterien zu berichten, die an der afrikanischen Küste errichtet wurden, die er aber nie gesehen hat. Natürlich muß auch Albanien gehalten und den Stoff zu ungläubigen Heidenromanen liefern. Die wunderliche unglückliche Königin Geraldine wurde tagelang in Wort und Bild geschändet. Nichts von den politischen Notwendigkeiten — die unglückliche Königin war absolut dazu angetan, jedes Franzosenherz zu zehren.

Solche Mägen verstehen ihre Wirkung nicht, zumal, wenn man gleichzeitig dem stets hilflosen aber auch hilfbedürftigen Franzosen gleichzeitig vorwirft, wie ungerne die Albanier z. B. in ihrem Lande bleiben, nachdem es unter „italienischer Herrschaft“ geraten ist und wie viele von ihnen sich bereit erklärt haben, im Kriegsfall unter den französischen Fahnen zu dienen. Ueberhaupt diese Bereitschaft aller Völker, als französische Soldaten im Kriegsfall loszugehen! Natürlich spielen nach den Schilderungen der französischen Presse die Tschedden dabei eine große Rolle, dann aber auch die in Frankreich arbeitenden Italiener. Ueberall im Lande sollen sie bereits Freiwililigen-Sammelfestungen aufgetan haben — die obstruieren Emigrantenvereinigungen werden durch die größten Blätter geschleift, nur komisch, daß man zwischenbürg z. B. die Ausweisung von Italienern melden muß — wegen französischfeindlicher Umtriebe..... Ganz

Steuergutscheine entlasten die Währung

Staatssekretär Reinhardt über die Finanzierung der Reichsaufgaben

Berlin. Auf einer Vortragsveranstaltung des Vereins Berliner Kaufleute, die unter Leitung des Vorsitzenden des Vereins Prof. Dr. Hunkel am Montag stattfand, sprach Staatssekretär Reinhardt über die Durchführung und die Finanzierung der großen Aufgaben des Reiches. Einmalig sei die bunte Mischung der verschiedenen Gewerkschaften des Führers. Er wies darauf hin, daß die Sicherung und Fortentwicklung der Lebensrechte des großen deutschen Reiches nur durch eine starke Wehrmacht möglich werden können. Der Vortragsabend wandte sich insbesondere gegen die Leute, die die Ansicht vertreten, man dürfe den Aufbau der Wehrmacht um „einen größeren Anzettel von Jahren erstrecken lassen. „Ich glaube“, so führte er wörtlich aus, „daß nur ein Mann oder ein ausdauernder Feind des deutschen Volkes diese Fraze behaupten könnte.“ Allerdings wären dann die Kosten für die militärischen Zwecke kleiner gewesen und die Kosten für die Erbauung des Westwalls nicht entstanden, dafür aber wäre Deutschland im vorangehenden Jahrzehnt höchstwahrscheinlich ein Kriege aufeinander worden, dessen Kosten bestimmt um ein Vielfaches größer gewesen wären.

Steuergutscheine und in einer Höhe von rund 500 Millionen RM. auf die Außenvermögensabgabe zurückzuführen. Reinhardt betonte, daß die Außenvermögensabgabe des Steuerreformens nicht nur auf den gewöhnlichen Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft zurückzuführen sei, sondern auf die aktivierte Leistungskraft der Reichsfinanzverwaltung. Er habe durch Verwaltungsmaßnahmen den Apparat der Reichsfinanzverwaltung so gestaltet, daß jeder Beitrag, der dem Reich auf Grund der bestehenden Gesetze ausbleibe, auch tatsächlich erbracht werde. Ein wichtiges Mittel zur Gewährleistung dieser Notwendigkeit sei die Vertriebsprüfung der Reichsfinanzverwaltung.

Staatssekretär Reinhardt führte weiter aus, daß die steuerlichen Vorschriften über die Vermögenshaftigkeit und Wirtschaftlichkeit des wirtschaftlichen Lebens Rechnung tragen müßten, daß er aber Wert darauf lege, die steuerlichen Vorschriften nach dem Grundsatz der Einfachheit und Klarheit auszurichten.

Reinhardt aine dann auf den neuen Finanzplan ein. Er hob hervor, daß Einkommensteuer-

steuern vom Februar 1939 und die Wehrertragssteuer seien die letzten Maßnahmen, durch die eine bessere Anpassung des Steuerrechts an die Leistungskraft der Steuerpflichtigen vorgenommen worden sei. Weitere Maßnahmen solcher Art seien nicht mehr zu erwarten und würden auch finanzpolitisch und steuerpolitisch nicht mehr erforderlich sein.

Erträgliche Steuererlagerung

Der Teil des außerordentlichen Finanzbedarfes, der noch nicht durch Steuern gedeckt werden könne, werde arundfünftel in Zukunft nur noch durch die Ausgabe verzinslicher Steuergutscheine gedeckt. Diese Steuergutscheine führten nicht zu einer weiteren Verärmerung der Zinsenlast des Reiches, sondern nur zu einer Verlagerung von Steuern, die für den Reichshaushalt durchaus erträglich sei. Infolge der steigenden Steuerentlastungen des Reiches würden voraussichtlich die mit einem zusätzlichen Aufwands ausgetragten Steuergutscheine im Rechnungsjahr 1940 nicht mehr, zum mindesten nicht mehr dem Umfang von 1939 erforderlich sein.

Woher kommt das Geld?

Zu der so häufig aufgeworfenen Frage, woher das ganze Geld komme, verweist Reinhardt auf die ständige steigende Finanzkraft des Reiches. Die Verfestigung des Reichshaushaltes, die sich aus dem bisherigen außerordentlichen Finanzbedarf infolgedessen, als die Steuereinkommen überflüssig werden, sei — gemessen an der Größe und Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft — als kein zu bezeichnen. Der noch vorhandene Spielraum werde nur zum Teil in Anspruch genommen, betrug doch das Steueraufkommen des Reiches im Rechnungsjahr 1938 6,6 Milliarden, während im Rechnungsjahr 1938 17,7 Milliarden Reichsmark, um im laufenden Rechnungsjahr wahrscheinlich eine Höhe von 22 Milliarden RM. zu erreichen und 1940 noch größer zu sein.

Dem Reiche, was des Reiches ist

Das Mehr des Steueraufkommens im Jahre 1938 gegenüber 1937 ist nur in einer Höhe von 400 Millionen RM. auf die im Sommer vorigen Jahres vorgenommene Erhöhung der Körper-

Entgegenkommende Behandlung

Der Redner erläuterte dann eingehend die Technik und Anwendungssart der Steuergutscheine und nahm auch zu aufgetretenen Fragen Stellung. Er erwähnte, daß, selbst wenn ein Unternehmen, dessen Wirtschaftlichkeit mit dem Jahresverlauf zusammenfällt, nicht bis zum 30. Juni den erforderlichen Betrag an Steuergutscheinen befreie, ihm vielmehr erst in den ersten Tagen des Juli gefalle, so sei dies unerheblich; diese Firmen könnten gleichwohl die vorerwähnte Befreiungsfähigkeit in Anspruch nehmen. Selbst wenn ein Unternehmen am Ende des Wirtschaftsjahres die Steuergutscheine I nur schwer behalten könne, wegen alku arößer Mannbrüche seiner flüssigen Mittel, so solle ihm u. U. durch kurzfristige Einbindung von Steuern durch das Finanzamt die Möglichkeit gegeben werden, doch die Steuergutscheine zu behalten. Auch Unternehmen, deren Wirtschaftsjahr in den Monaten Januar oder

Februar 1940 abschloße, werde die Möglichkeit gegeben, die Steuerentlastung in Anspruch zu nehmen.

Zu der einkommensteuerlichen Behandlung der Steuergutscheine I und II erklärte Reinhardt, daß das gezielte Aufheben, mit dem die Steuergutscheine I ausgelastet seien, auch in der Hand von Privatpersonen einkommensteuerlich sei. Zum Schluß wandte sich Reinhardt gegen die Auffassung, daß man in dem Steuergutscheinerfahren inflatorische Wirkungen erblicken könne. Währungsgemäß wirtzt sich das Steuergutscheinerfahren in der entgegengekehrten Richtung aus. Wenn das Reich, die Länder, die Gemeinden und die anderen Steuergutscheinpflichtigen und -bezahlten aröke Summen an Steuergutscheinen statt in Geld zahlen, so werde dadurch die Währung nicht belastet, sondern entlastet.